

# Lübbeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübbeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum 25 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 3.

Donnerstag, den 4. Januar 1917.

24. Jahrg.

## Das neue Programm des Herrn von Batocki.

Von R. Schmidt.

Der Präsident des Kriegsernährungsamtes hat an sämtliche Bundesregierungen ein Rundschreiben gerichtet, in dem für das nächste Wirtschaftsjahr Anregungen gegeben werden, die von dem bisher innegehaltenen Weg in der Lebensmittelversorgung etwas abgehen, aber auch keine grundsätzlichen Änderungen in Vorschlag bringen. Die Wertung der bisher getroffenen Maßnahmen ist eine sehr unterschiedliche und auch das Rundschreiben gesteht ein, daß manche Fehltritte zu verzeichnen sind. Zu diesem Bekenntnis wäre hinzuzufügen, daß dem Kriegsernährungsamt die Energie und den Verwaltungsbehörden der gute Wille fehlt, die Innehaltung der getroffenen Anordnungen zu erzwingen, manches läßt sich sonst besser aus.

Sehen wir uns nur die Bewirtschaftung des Brotes an, die immer noch als die beste gilt. Unsere Brotration geht sehr erheblich unter den Verbrauch in Friedenszeiten, obwohl wir nach unseren Beständen, wenn sie der menschlichen Ernährung zugeführt würden, eine Ration erlangen müßten, die nahezu das Friedensquantum erreicht. Herr v. Batocki hat wiederholt unsere Erntestatistik bezweifelt, sie gibt nach seiner Auffassung das Ernteträgnis zu hoch an, deshalb muß der Brotverbrauch so niedrig bemessen werden. Stimmt die Erntestatistik nicht, so wird aber die Ein- und Ausfuhrziffer nicht zu bemängeln sein. Rechnen wir von der Einfuhr die Ausfuhr an Brotgetreide ab, so ergab sich im Jahre 1913 ein Mehr an Einfuhr nach Deutschland von 1 425 689 Tonnen. Dieser Fehlbetrag, den wir bei unserer jetzigen Versorgung haben, wird zu einem Teil gedeckt durch ungefähr 700 000 Tonnen erhöhter Mehlausbeute und 386 000 Tonnen Mehl, die 1913 mehr ausgeführt wurden als hereinkamen. Es bliebe mithin ein Defizit von annähernd 1/2 Millionen Tonnen, die für unseren Gesamtbedarf nicht von ausschlaggebender Bedeutung sind. Dazu kommt aber, daß wir aus Rumänien im vergangenen Jahre erhebliche Einfuhren hatten und daß in den besetzten Gebieten im Osten eine nicht ungünstige Ernte weiter unsere Bestände ausfüllte. Trotzdem erhalten wir eine Brotration, die etwa zwei Drittel dessen beträgt, was wir in Friedenszeiten konsumierten; wir hätten Anspruch auf die volle Friedensration, — wenn nicht ein erheblicher Teil des Getreides verfault und damit der öffentlichen Bewirtschaftung entzogen würde. Leider ist bei dem Mangel an Kraftfutter und der hohen Preislage anderer Futtermittel der Anreiz hierzu sehr groß.

Das neue Programm des Herrn v. Batocki gibt uns leider keinen Aufschluß darüber, welche Mittel das Kriegsernährungsamt in Anwendung bringen will, um eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, oder vielleicht vorsichtiger ausgedrückt, wie man eine zweckmäßige, auf die größte Ertragsfähigkeit hinausgehende Lebensmittelproduktion auf dem vorhandenen landwirtschaftlichen Areal herbeiführen will. Soll in diesem Jahre der Umfang des Anbaues und der Fruchtart ganz dem Zufall und Belieben des einzelnen überlassen werden? Das würde uns neue Erntemissernisse in der Lebensmittelversorgung auferlegen, die wir vermeiden müssen.

Das Programm des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes beschäftigt sich mehr mit der Bewirtschaftung der vorhandenen Nahrungsmittel und der Ueberführung in den Konsum. Man wird seine Bemühungen, die zentrale Bewirtschaftung der wichtigsten Nahrungsmittel weiter auszugestalten, sehr begrüßen können. Aber nicht nur die zentrale Bewirtschaftung muß besser ausgestaltet, auch die Verteilung bis zum Konsumenten muß systematisch durchgeführt werden. Alle Erfahrungen sprechen dafür, daß ohne eine bestimmte Vorschrift an die Gemeinden, wie sie die ihnen überwiesenen Nahrungsmittel verteilen sollen, keine befriedigende Regelung zu erlangen ist. Einige Gemeinden erfüllen ihre Aufgabe sehr gut, andere lassen sehr viel zu wünschen übrig. Als Beispiel, wie achtlos das Kriegsernährungsamt an dieser wichtigen Frage vorübergeht, sei auf die planlose Verteilung der Gemüsekonzerven und der Marmelade hingewiesen. Wir müssen, um die vielen Durchstechereien, die gerade bei der längeren Dauer des gegenwärtigen Systems immer unangenehmer werden, zu beseitigen, zu einer möglichst strengen Rationalisierung kommen. Die von einigen Gemeinden durchgeführte Organisation der Lebensmittelverteilung, die es der Hausfrau zur Pflicht macht, den Anteil, den sie bei der Verteilung zugesprochen erhält, bei dem Kaufmann durch Abgabe eines Abzählzettels von der Lebensmittelkarte anzumelden, damit der Bedarf des Kaufmannes festgestellt wird, hat sich gut bewährt und muß allgemein zur Einführung kommen. Die Verteilung wird damit am einfachsten überwacht und die Gleichmäßigkeit der Abgabe garantiert.

Weniger wird man Herrn v. Batocki über die Wirkung der Höchstpreise zustimmen können. Er ist der Auffassung, der Höchstpreis ohne gleichzeitige öffentliche Bewirtschaftung hält die Waren von den Industriebezirken fern und veranlaßt, daß sie fast ausschließlich den Erzeugern und

den in der Nähe der Erzeugungsgebiete wohnenden Verbrauchern zugute kommen. Das ist richtig und doch in der Allgemeinheit nicht zutreffend. „Der Höchstpreis verdrängt die Ware vom Markt“, das ist eine ständige Behauptung, die in der ganzen Handelspresse, nicht minder auch in agrarischen Kreisen wiederkehrt. Das beste Beispiel, wie unrichtig die Auffassung ist, ergibt die Lage auf dem Gemüsemarkt. Gegenwärtig ist ohne Ausnahme die Zufuhr von Kohl seit Wochen außerordentlich knapp. Bestände für Kohl ein Höchstpreis, so würde natürlich die ganze Handelspresse darüber einig sein, daß der Höchstpreis die Ursache ist, daß kein Kohl vorhanden ist. Selbst die außerordentliche Steigerung der Preise für Kohl, die in folgender Tabelle gegenübergestellt wird, hat nicht vermocht, den Markt günstig zu beschiden:

	Berliner Großhandelspreis pro 100 Kg. im Dezember		
	1914	1915	1916
Weißkohl	5-7 Mk.	8-10 Mk.	14-16,50 Mk.
Rotkohl	7-8 Mk.	20-24 Mk.	30-36 Mk.
Wirsingkohl	7-8 Mk.	18-20 Mk.	28-30 Mk.

Das sind die Preissteigerungen während der drei Kriegsjahre; zu Friedenszeiten ist der Preis für Weißkohl nicht über 5 Mk. hinausgegangen. Die gegenwärtigen Preise müßten eine Ueberfüllung des Marktes herbeiführen. Das geschieht nicht, weil bei dem Mangel an anderen Nahrungsmitteln der gesteigerte Bedarf durch die Produktion nicht gedeckt werden kann.

Eine andere sehr wichtige Erscheinung, die einen Fehltritt des Kriegsernährungsamtes darstellt: Der Höchstpreis für Futterrüben, der auf 4 Mk. pro Zentner festgesetzt ist, neben einem freien Preise für Futterrüben von 14 Mk. pro Zentner, erwies sich als unhaltbar. Die Folge war, daß die Futterrüben zu hohen Preisen für die menschliche Ernährung angeboten wurden, und die Speisemöhren, die sie erheblich billiger im Preise standen, als Pferdefutter Verwendung fanden. Wenn man so für einen Gegenstand Höchstpreise herausgreift, ohne die konkurrierenden Artikel gleichfalls zu behandeln, erlebt man natürlich ein großes Fiasco. Das ist um so unangenehmer, als uns zur menschlichen Ernährung ein Ueberfluß an Gemüse nicht zur Verfügung steht.

Die Höchstpreise für Wild würden in ihrer Wirkung besser einschlagen, wenn Wild ohne Ausnahme auf die Fleischkarte angerechnet würde. Dadurch, daß es für denjenigen, der Geld und Gelegenheit hat, Wild zu erwerben, eine Erhöhung seiner Fleischration bedeutet, gelangt das geringe Quantum von Wild sehr schnell in die Hände der Verbraucher, ohne daß der Markt in Anspruch genommen wird. Kleibige Einkäufer sind insbesondere hier auch Restaurateure. Der Höchstpreis für Wild ist nicht die Ursache dieser Erscheinung, sondern das Drängen, die Fleischration zu erhöhen und aus dem engen Kreis der Begrenzung herauszukommen. Natürlich schafft die öffentliche Bewirtschaftung am ehesten eine feste Grundlage für die Verteilung und die Preispolitik. Aber weil sie allgemein nicht durchgeführt werden kann, wird man auf den Höchstpreis nicht verzichten; es gehört nur, und das ist ein weiterer Mangel in unserer Ernährungspolitik, eine scharfe Kontrolle dazu, daß die vorhandenen Nahrungsmittel im allgemeinen Interesse Verwendung finden.

Neu im Vorschlag des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes ist die Empfehlung, die Gemeinden mögen zeitig für Frühkartoffeln, Obst, Gemüse und Geflügel Lieferungsverträge mit den Erzeugerorganisationen abschließen. Der Vorschlag hat bereits Erfolge und Mißerfolge aufzuweisen. Der Mißerfolg besteht darin, daß die Gemeinden als Konkurrenten bei Abschluß von Lieferungsverträgen auftreten

und die Preise dabei stark in die Höhe treiben. Die Gemeinde kommt bei solchen Abschüssen auch in große Unsicherheit. Wird sie genötigt, Preise anzulegen, die später weit über die Marktlage hinausgehen, so trägt sie das Risiko eines großen Verlustes, und der Erzeuger hat den Vorteil. Tritt der umgekehrte Fall ein, die Marktpreise sind höher und die Gemeinde hat zu niedrigeren Preisen eingekauft, so wird der Erzeuger garnicht, oder nur einen sehr kleinen Teil der Ware liefern. In solchen Beispielen fehlt es während unserer Kriegswirtschaft leider nicht. Die Gemeinden können darüber eine sehr bewegte Klage anstimmen. Deshalb können solche Verträge nur abgeschlossen werden, wenn bereits jetzt Höchstpreise festgesetzt werden, die während der ganzen Versorgungsperiode gelten. Auch dann noch bestehen gegen die freihändige Versorgung der Gemeinden die Bedenken, daß der richtige Ausgleich nicht erzielt wird und die Unsicherheit der Lieferung auch bei einer Milderung vorhanden ist. Viel einfacher wäre es, wenn von der Zentrale aus solche Lieferungsverträge abgeschlossen und dann an die Gemeinden verteilt würden. Aber man frage die Reichsstoffstelle, ob alle ihre Lieferungsverträge erfüllt wurden.

Wichtig wird für das nächste Wirtschaftsjahr die Obstversorgung sein. Von der Reichsstelle für Obst und Gemüse muß mit aller Entschiedenheit die Treiberei bei der Verpachtung der Obstnutzung unterbunden werden. Sonst kommen wir wieder zu Spekulationspreisen für Obst, die geradezu unerhört sind. Was nützen aber auch alle Verträge den Gemeinden, wenn es dem Kriegsernährungsamt bisher noch nicht gelungen ist, die Ausfuhrziffern, die von den einzelnen Bundesstaaten oder auch von den Kreisen festgelegt sind, zu beseitigen. Damit drohen solchen Verträgen weitere Schwierigkeiten. Verhältnismäßig gut gelang der Abschluß von Kaufungsverträgen zur Lieferung von Schweinen an die Gemeinden; aber die Verträge schweben in der Luft, wenn die Futtermittel nicht geliefert werden, die man dem Kommunalverband in Aussicht stellte. Man wird den Abschluß von Lieferungsverträgen durch die Gemeinden nicht ablehnen, wohl aber sich hüten müssen, den Erfolg zu überschätzen.

Wenn der Präsident des Kriegsernährungsamtes die großen Schwierigkeiten, die uns in den nächsten Monaten in der Lebensmittelversorgung bevorstehen, die nicht unüberwindlich sind, aber ein entschlossenes Eingreifen erfordern, nicht anders zu überwinden gedenkt, als durch die hier genannten Vorschläge, so wird er für die kommende Zeit keine Besserung schaffen. Im Gegenteil, es ist sehr zu befürchten, daß das Durcheinander, das gegenwärtig in der Nahrungsmittelversorgung besteht, die Neigung in der Bevölkerung, alles aufzukaufen, was im Handel zu haben ist und sich zur Lagerung eignet oder auch nicht eignet, noch stärkt und die Schwierigkeiten der Volksernährung nur vermehrt und nicht mildert. Das Drängen des einzelnen, sich möglichst mit Lebensmitteln zu versorgen, ist verständlich, und irgend welche gültige Zureden, solche Handlungen zu unterlassen, weil sie dem allgemeinen Interesse schaden, nützen nichts. Denn die Erschöpfung der Versorgung hat unsere Hausfrauen ängstlich gemacht, sie greifen nach allem, was zu erreichen ist.

Das Kriegsernährungsamt muß seine Aufgabe nicht erfüllen sehen mit der Verteilung der Bestände an den Kommunalverband, sondern bis zum Verbraucher herab die Anordnungen treffen. Unsere Vorräte müssen uns das Auskommen ermöglichen; aber wir schweben in der großen Gefahr einer unzureichenden Verwendung und Verteilung. Hier eingzugreifen, das ist die nächste dringende Aufgabe des Kriegsernährungsamtes.

## Vom Tage.

Die ablehnende Antwort der Entente wird vom „Social-Demokraten“ (Kopenhagen) in einem längeren Leitartikel kommentiert. Eingangs stellt das dänische Parteiorgan fest, daß der Text dieser Antwort doch nicht so scharf ist wie z. B. im Tagesbefehl des Jaren, oder so höhnisch-bitter wie in der englischen sozialistischen Presse. In bezug auf die Verletzung der belgischen Neutralität sagt „Social-Demokraten“ weiter, daß Deutschland nur freien Durchmarsch verlangt hatte, auch nichts von den schweren Neutralitätsverletzungen seitens der Entente Griechenland gegenüber. Es wird auch nicht von der barbarischen Ansehungslosigkeit gesprochen, die England gegen die ganze Bevölkerung Deutschlands einschließlich der Frauen und Kinder übt, und wobei die Rechte Hollands und der skandinavischen Staaten in der ernstesten Weise verletzt werden. Auch wird die ganze europäische Politik, die dem Weltkriege vorausging, nicht erwähnt. Die englische Einreisepolitik Deutschland gegenüber, Frankreichs Eroberung von Marokko, die Besetzung Ägyptens durch England, Englands und Russlands Maßnahmen in Persien und der erbitterte Kampf des eng-

lischen Kapitals gegen die Auslegung deutschen Kapitals in Kleinasien (die Bagdadbahn). Ferner wird der ganzen europäischen Diplomatie die Verantwortung für den jämmerlichen Frieden zugeschoben, der die zwei Balkankriege 1912/13 abschloß und der alle Keime der Konflikte in sich trug, die zum Ausbruch des Weltkrieges mitwirkten. Die französisch-russische Verbindung ist auch sehr verhängnisvoll gewesen. „Social-Demokraten“ bezeichnet den „Bericht“ der Entente als eine kurze Advokatenrede. Alle Hoffnung ist nach Ansicht des Blattes noch nicht geschwunden, denn der Ton der Ententenantwort scheint nicht die Möglichkeit auszuschließen, daß sie in der Antwort an Wilson, der jetzt mit der größten Spannung entgegengeesehen werden muß, auf eine vorbereitende Verhandlung eingehen, wobei die Friedensbedingungen der beiden Mächtegruppen vorgelegt werden. Nachdem das Blatt dann die bei einer festgesetzten Kriegsführung für die Neutralen entscheidende verzweifelte Lage erwähnt, sagt es zum Schluß: „Aber sollte wirklich ein absolutes Nein die Antwort bleiben, dann kann die Entente die Hauptverantwortung für die Fortsetzung des Krieges nicht von sich weisen — ganz gleich — wer die Hauptverantwortung für seinen Ausbruch hatte.“

Der Ministerdirektor im deutschen Auswärtigen Amt, Dr. Hammann, der mit dem Jahreswechsel in den Ruhestand getreten ist, hat sich zu einem Vertreter der Transocean-Nachrichten-Gesellschaft über die Antwort der Entente geäußert. Er erklärte dabei u. a., daß die Erwägungen über den Friedensvorschlag Deutschlands und seiner Verbündeten bis in die letzten Tage des Oktober zurückreichen. Schon damals, sagte er, stand die Absicht der höchsten Stellen fest, einen ehrlichen, offenen Versuch zur Verhinderung weiterer nutzlosen Blutvergießens zu machen. Auf die Frage, welche Antwort die Zentralmächte auf die Entente-Note geben werden, entgegnete Dr. Hammann: „Ich bin nicht mehr im Amt, ich weiß nicht, was die amtlichen Stellen planen, aber ich weiß, was jeder Deutsche und was jeder Bürger der uns verbündeten Länder in dieser Stunde fühlt: Die Antwort auf eine so hochfahrende Sprache versteht sich von selbst.“

Wir sind, wie unsere Leser wissen, anderer Meinung. In Washingtoner Regierungskreisen schweigt man sich über die Antwortnote noch völlig aus, aber der allgemeine Eindruck geht dahin, daß die Tür noch offen ist; nur der Marine-Sekretär Daniels schreibt in seiner eigenen Zeitung einen Leitartikel unter der Überschrift: „Ein gewaltiger Fehler“, worin er sagt, die Weigerung, sich über Bedingungen vor Beendigung des blutigen, mörderischen Krieges zu unterhalten, ist zu beklagen und gleichermaßen ist es zu beklagen, daß der Zehnverband keinen Hinweis gemacht hat, welche Bedingungen ihm annehmbar sein würden. Gegenüber der Behauptung, Deutschlands Angebot sei ein Trick, sagt Daniels, dann sei es die Pflicht des Verbandes, den Trick zu enttuschen, indem man über ihn rede und so Verdammung über Deutschland bringe. Da Daniels Kabinettsmitglied ist, so rufen seine Äußerungen großes Aufsehen hervor.

Die „Daily News“ meldet aus New York: Die amtlichen Washingtoner Kreise sind sich darüber klar, daß Präsident Wilson gleichzeitig mit der Abendung seiner Friedensnote sich mit den übrigen neutralen Staaten mündlich durch die amerikanischen Gesandten in Verbindung gesetzt und sie aufgefordert hat, sich an dem Schritt zur Wiederherstellung des Friedens zu beteiligen, falls sie den Zeitpunkt für gekommen hielten. Die amerikanische Regierung ist von der Ablehnung Spaniens sehr unangenehm berührt.

Nach Reuters beantworteten die Alliierten Wilsons Friedensnote noch nicht. Sie hielten es für wünschenswert, daß zwischen der Erwiderung auf die deutsche Note und der Antwort an den amerikanischen Präsidenten ein angemessener Zwischenraum falle. Die Antwortnote an Wilson sei indessen im Entwurf fertiggestellt und werde jetzt erörtert; sie werde wahrscheinlich in einigen Tagen abgefaßt werden.

Ein politischer Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ sagt, er habe Grund anzunehmen, daß die Alliierten in ihrer Antwort auf die Note Wilsons ihre Friedensbedingungen in allen Einzelheiten bekanntgeben werden, ebenso, was sie unter dem Nationalitätsprinzip verstehen.

Trotz des schlechten witterlichen Wetters und des Mangels an Dampfkraften, die sich zur Umkreisung von Truppen eignen, schreiten die Operationen in Rumänien außerordentlich rüstig vorwärts. In der Dobrudscha wurden Macin und Jijila genommen.



Die Distanzen von den Gegnern an den Fronten sind von Tag zu Tag geringer; in der Dobrudscha unsere Truppen in das Gebirgsgebiet von Jijila ein und besetzen die Höhen in ihrer ganzen Länge. Seit dem 21. Dezember v. J. sind in dem Gebiet zwischen dem Fluß der Rada und dem 15000 Höhen mit unseren Truppen gesammelt worden.

Der französische Kommandant des „Fort Sarrail“ telegraphiert vom 2. Januar, es sei zu befürchten, daß die Russen die Fronte vorwärts zu bewegen gedenken, ihre Front zu verlegen und sich bis zum Gebiet von Jijila zu verlegen. Der Oberste Rat der Alliierten, der der Kommandant, ist die Rada-Gebirgsfronte. Der auch dort ist die Hauptgruppe von Truppen, die sich dort auf das Gebirgsgebiet stellen werden.

In Rumänien ist die Lage der Fronten in jeder Hinsicht. Der Kampf der Rumänen und des Österreichischen Heeres geht über mehrere Wochenlang fort. Die Fronte ist immer noch in der Gegend von Jijila. Die Rumänen haben die Rada-Gebirgsfronte. Der auch dort ist die Hauptgruppe von Truppen, die sich dort auf das Gebirgsgebiet stellen werden.

# Von den Kriegsschauplätzen.

## Die Kriegslage.

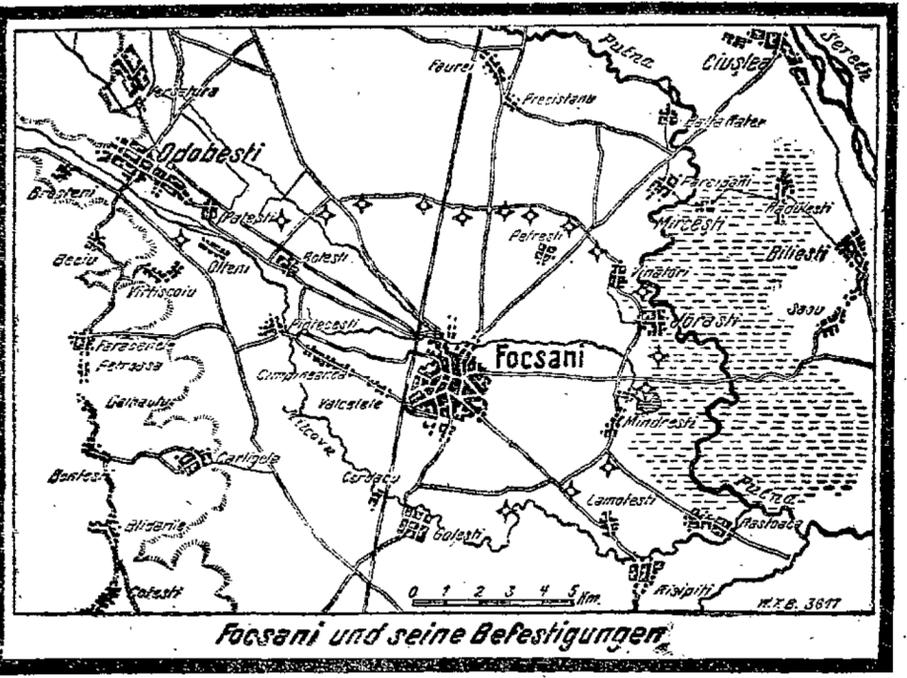
W.B. Berlin, 3. Jan., abds. (Amlich.) In der Dobrudscha sind Macin und Jijila genommen.

Wien, 3. Jan. (Amlich.)

Stilischer Kriegsschauplatz. In der Dobrudscha neuerlich Fortschritte. Südlich und westlich von Fociani sind die österreichisch-ungarischen und deutschen Streitkräfte des Generals von Falkenhayn bis in den stark verhängenen Milcovit-Abchnitt gelangt. Weiter nordwestlich warten sie den Feind aus Miera zurück.

Im Südwesten der Seeerzfront des Generaloberst Erzherzog Josef drängen wir über Regrilesti hinaus. Südlich von Parja und auf dem Mt. Kalcuani westlich von Sulta wurden starke Angriffe des Gegners unter schweren Feindverlusten abgewiesen. Im Rekeca-Abchnitt bereiteten unsere Sicherungsgruppen im Sajocti- und Handgranatenkampf russische Vorkämpfer. Bei Manajow östlich von Jicow brach eine aus unseren und deutschen Kämpfern zusammengesetzte Sturmtruppe in glücklicher Streifung drei russische Offiziere und 127 Mann ein.

Italienischer und Südöstlicher Kriegsschauplatz. Seine bemerkenswerten Kämpfe.



Italienischer und Südöstlicher Kriegsschauplatz. Seine bemerkenswerten Kämpfe.

drängen, aber wir stellten die Lage wieder her. Im Tatroch-Tal griff der Feind das Dorf Kotenba an; er wurde mit großen Verlusten zurückgeworfen. Zur selben Zeit beschloß der Feind die Gegend um das Dorf Agosul, südöstlich Kotuba mit Gasgranaten. Der Feind leit seine Angriffe auf den Abchnitt vom Siffchabdis zum Tschalbaniach-Tale fort, wie auch in den Tälern Doffian und Ditoz. Die Kämpfe nahmen in den beiden letztgenannten Tälern einen besonders hartnäckigen Charakter an, wo es dem Feinde gelang, unsere Truppen ein wenig nach Osten zurückzuwerfen.

Von der rumänischen Front wird berichtet: Der Feind griff die Rumänen heftig an der Front nördlich und südlich des Kassin-Flusses, 8 Werst östlich der Moldaugrenze an, wo die Truppen ihre Stellungen zurückverlegten. Im Nachangriff warf der Feind die Rumänen bei der Quelle des Kassin-Flusses, von wo sie sich in Richtung Batrouai, 20 Werst westlich Joffian zurückzogen. In Gegend Soffian und weiter südöstlich bis zur Donau nahmen unsere Truppen nächstherweise ohne feindlichen Druck neue Stellungen ein. Seit morgens greift der Feind auf dem linken Ufer des Ruzee, wie auch längs der Bahn Buzee-Brailoff (Buzee-Braila) an.

Von derselben Front melden die Russen am 2. Januar: Die Rumänen, die anfänglich durch die hartnäckigen Angriffe des Feindes auf der Front nördlich und südlich des Kassin-Flusses, acht Werst östlich der ungarischen Grenze, zurückgedrängt worden waren, stellten durch Gegenangriff die Lage wieder her und halten weiter hartnäckig ihre Stellungen trotz der erbitterten andauernden Angriffe des Feindes. In der Gegend von Nudrea und dejos, 12 Werst südlich des Zusammenflusses des Putna und der Jabala, drängte der Feind unsere vorgehobenen heriterten Abteilungen zurück und besetzte das genannte Dorf. Unsere Truppen nahmen nachts, ohne Druck seitens des Feindes, neue, vorher vorbereitete Stellungen ein. — In der Dobrudscha zogen sich unsere Abteilungen auf die neuen Stellungen zurück.

## Frankreich und Belgien.

### Stillelegung französischer Glasöfen.

Die Besitzer der acht größten Glasfabriken von Bourbourg, die über 1000 Arbeiter beschäftigen, richteten an den Transportminister ein Telegramm, in welchem sie mitteilen, daß sie infolge der Erschöpfung der Kohlenvorräte demnächst gezwungen sein werden, die Glasöfen auszuheizen zu lassen. Die Fabrikanten machen darauf aufmerksam, daß die Wiedereröffnung der Betriebe nur durch neue Errichtung von Öfen möglich sein werde. Dazu jedoch fehlten die Rohmaterialien.

## England.

### England beschlagnahmt weiter.

Das schwedische Motorschiff „Pacific“ traf in Kopenhagen aus San Franzisko mit 1200 Tonnen Roggen ein, die jedoch nur zum geringen Teil die ursprüngliche Ladung des Schiffes darstellten. Die Hauptladung, bestehend aus kalifornischen Früchten, Kaffee, Wein und Kakao, die für die drei nördlichen Reiche bestimmt waren, wurden von den Engländern bei der Durchscheidung des Schiffes beschlagnahmt.

### Englische Verluste.

Die englischen Verluste im Monat Dezember betrugen in der Armee 953 Offiziere 250 gefallen) und 39711 Mann und in der Flotte 69 Offiziere (47 tot) und 2577 Mann. Die Verlustlisten vom 1. und 2. Januar enthalten die Namen von 84 Offizieren (16 gefallen).

## Der Balkankrieg.

### Bulgarische Seeresberichte.

Bericht des Generalstabes vom 2. Januar. Mazedonische Front: Schwaches Artilleriefeuer an einzelnen Frontabschnitten. In der Sierra Parovullengesehte. In Gegend Serez und Drama entfalteten feindliche Flieger eine erfolglose Tätigkeit.

Rumänische Front: Nach einem äußerst erbitterten Kampf warfen wir den Feind aus einer mächtig besetzten Stellung an der Cote 364 und an der Cote 197 bei Lucovica. Wir besetzten die ganze feindliche Stellung bei Lucovica. Der Gegner zog sich auf die räumliche, gut besetzte Stellung, die sich auf der Linie dreihundert Schritte östlich Macin und nördlich bis zur Cote 105 an die Donau erstreckt, zurück. Wir machten noch 217 Russen zu Gefangenen.

Sardist vom 3. Januar. Mazedonische Front: In einzelnen Abschnitten der Front lebhaftes Artilleriefeuer. Zur uns günstiger verlaufene Patrouillengefächte nordwestlich von Stofka, wobei wir Gefangene machten. Zwischen dem Radar und Dostrans-See lebhaftes Artilleriefeuer der feindlichen Artillerie. Zwei Kriegsschiffe besetzten ergebnislos unsere Stellungen bei Orfano.

Rumänische Front: In der Dobrudscha zog sich der Gegner auf die mächtig besetzte Stellung längs der Straße Macin-Jijila-Bacarena zurück. Der Vormarsch gegen diese Stellung dauert fort. Wir besetzten die Höhe 108, östlich von Jijila. Feindliche Konstante Geschossen fallen.

### Die Vergewaltigung Griechenlands.

Die Entente wurde vom italienischen Gesandten Sordani dem Ministerpräsidenten Cambos überreicht, wobei Sordani erklärt haben soll, daß er zur Befreiung der griechischen Regierung helfe, um die Beziehungen zur Entente zu erleichtern. Sordani soll gleichzeitig wegen der gegenwärtigen schwierigen Lage um Annahme der Forderungen gebeten haben. Die Note besteht in ähnlichem Maße weiter. Die französischen und die englischen Kolonien zogen sich nach Salamis zurück. Die italienischen und französischen Schiffe befinden sich noch im Piräus; sie sind jedoch zur Abfahrt bereit.

Der „Corriere della Sera“ meldet aus Athen: Gestern abend fand eine Demonstration statt, an der ungefähr 300 Personen teilnahmen, die unter Vorzeichen eines Schildes des Königs Hades auf die Dynastie und Niederlage gegen die neue Note ansprachen. Es ereignete sich kein Zwischenfall. Die Note wird zwischen dem König sowie den Militärs und Zivilbehörden viel besprochen. Innerhalb der Presse und der bürgerlichen Kreise war nach Bekanntgabe der Note eine gewisse Gärung entstanden.

Die Gesandten Frankreichs, Englands, Russlands, Serbiens und Rumaniens schiffen sich gestern mit den Militär-Ärzten in Salamis ein. Sordani hatte eine lange Besprechung mit dem Minister des Innern.

### Was die Russen melden.

In russischen Seeresberichten vom 1. Januar wird über die Abwehr an der Moldau-Grenze gesagt: Der Feind griff mehrmals an, wurde aber nördwestlich des Dorfes Kobas an der Män-

## Der Seefrieg.

### Verient

wurden 2 englische, 1 französisches, 1 norwegisches und 1 schwedisches Schiff.

Nach einer Meldung aus Dieppe ist der torpedierte Hilfskreuzer „Kouen“ schwer beschädigt in den Hafen geschleppt worden.

Nach einer Havas-Meldung vom 31. Dezember aus La Coruna ist der norwegische Dampfer „Sjra“ im Hafen von Camartin eingelassen, befehligt von 5 Deutschen. Außerdem hatte er 14 Matrosen des Dampfers und 7 Matrosen eines torpedierten englischen Dampfers an Bord. Camartin ist ein kleiner Hafen an der Nordwestküste Spaniens, an der gleichnamigen Bai.

## Die Kämpfe im Orient.

### Türkischer Erfolg an Dzigis.

Amlicher Heeresbericht vom 2. Januar: An der Dzigis-Front griff der Feind am 31. Dezember einen Teil unserer Stellung an; er wurde aber mit schweren Verlusten zurückgetrieben. Seine Verluste werden auf 5000 bis 6000 Mann geschätzt. In den übrigen Fronten kein Ereignis von Bedeutung.

## Ausbau der Volksschule.

Der Magistrat der Stadt Frankfurt a. M. hat bei der Regierung beantragt,

1. daß der Magistrat (Schuldeputation) ermächtigt werde, Oftern 1917 für Knaben eine Uebergangsklasse zu errichten, die als Ziel haben soll a) das Mehr der Lehrpensum der entsprechenden Mittelschulklassen 2-9 sowie das Pensum der obersten Mittelschulklassen und b) das Pensum der dritten Klasse der Präparandenanstalten zu bewältigen, 2. daß den Schülern, die diese Aufgabenklasse mit Erfolg besucht haben, die gleichen Berechtigungen wie den aus der obersten Klasse der Mittelschule abgehenden Schülern zugesprochen werden und ihnen im besonderen das Recht erteilt wird, zusammen mit den aus der obersten Klasse der Mittelschule abgehenden Schülern die Einjährig-Freiwilligen-Prüfung an einer höheren Schule abzulegen.

In der Begründung wird gesagt, daß sich der Magistrat schon seit Jahren mit der Frage beschäftigt, ob es sich nicht empfehle, für solche hervorragende begabte Volksschüler, die entweder aus äußeren Gründen oder mit Rücksicht auf das erst später erfolgende Hervortreten ihrer Begabung nicht bereits früher zu einer Mittelschule oder höheren Schule übergegangen sind, eine schulgeldfreie Uebergangsklasse zu errichten, die es ihnen ermöglichen, den bisher vorzuziehenden Anstoß an andere Schichten nachträglich noch zu erreichen. Damit die notwendigen Vorbereitungen getroffen werden können, hat der Magistrat bei der Stadtratsordnungsverammlung beantragt, die nötigen Mittel für die Uebergangsklasse in den Haushaltsplan für 1917 einzuplanen. Die Regierung steht, wie mitgeteilt wird, dem Antrag sammtlich gegenüber.

Richtigter würde es sein, die Regierung zögert nicht mehr, die in Aussicht gestellte grundlegende Umgestaltung des Schulwesens in die Hand zu nehmen. Freier Ausfluß dem Tüchtigen!

# Parteinachrichten.

**Bechluss der italienischen sozialistischen Kammerfraktion.**  
 Beim Abschluss der diesmaligen Kammeression, die in diesen Tagen zu Ende ging, fasste die sozialistische Abgeordnetengruppe folgenden Beschluss: „In Uebereinstimmung mit den Grundsätzen und Gesichtspunkten, die bisher schon ihre Stellungnahme gegen den Krieg festzulegen, und gegenüber den Verdrehungen der Leutenungen ihrer Redner, bekräftigt die Fraktion noch einmal nachdrücklich ihre sowohl grundsätzliche wie spezielle Kritik, die sie auch den Krieg als unfähig erkennen ließ, die politischen und wirtschaftlichen Probleme zu lösen, die ihn angeblich rechtfertigten. Die Täuschung hierüber kann nicht die Friedensverhandlungen hinausdrängen. Die Fraktion konstatiert, dass die Kammerreden dieser letzten Session vom sozialistischen Friedensantrag beherzigt waren, der zwar von vornherein abgelehnt, doch sich fernerhin allen Reden der Abgeordneten sowohl wie der Regierung aufdrängte bis zur schwer verständlichen Ausrufrede Sonninos, in der die von den sozialistischen Abgeordneten aufrecht erhaltene These, dass Friedensanträge nicht ohne weiteres abzulehnen seien, betont wurde. Die Fraktion legt große Hoffnungen auf den in allen kriegführenden Ländern anwachsenden moralischen Druck der Massen auf die Regierungen, auf dass alle Kräfte der Einsicht, der Vernunft und Verständigung die Oberhand gewinnen und ins Werk gesetzt werden, zu einem baldigen Ende des Konflikts, das gleichmäßig von allen Völkern ersehnt und erleidet wird, die fürchteren an Trauer, Zerkürung und Kriegselend erlitten und erleiden.“

**Tschechische Sozialdemokraten bei der Krönungskronung.** Die offizielle Einladung zur Teilnahme an den Krönungsfeierlichkeiten in Budapest wurde von der tschechischen Sozialdemokratie Österreichs in ablehnendem Sinne beantwortet. Die tschechischen Sozialdemokraten beschloffen dagegen, der Einladung Folge zu leisten und sich durch ihren Vorsitzenden, den Abgeordneten Klemm, in Budapest vertreten zu lassen. Der tschechische Verband, der fast alle tschechischen Parteien umfasst, wählte für den gleichen Zweck u. a. den sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Schmalz.

# Aus Südbel und den Nachbargebieten.

Donnerstag, 4. Januar.

## Beziehung von Kartoffelpflanzgut.

Vorrat und Beschaffenheit des Kartoffelpflanzgutes erfordert mehr denn je die Aufmerksamkeit aller Interessierten. Ich verweise daher auf ein nicht allgemein bekanntes Verfahren der Vermehrung des Kartoffelpflanzgutes durch Stecklinge. Der königliche Gartenbauinspektor Zudenberg in Altona, der praktische Versuche bereits im vorigen Jahre mit Herrn Ziebuhr in dessen Gärtnerei in Niendorf bei Hamburg durchgeführt hat (weitere praktische Versuche hat der Gärtnereibesitzer Schumacher, Al. Altdorf ausgeführt), gibt folgende Anweisung:

a) **Frühkartoffeln:** (Sorten: Sechs Wochen, Schneeflocken, frühe Rosen.) Man bereitet die für die Stecklingsanzucht bestimmten Saatkartoffeln im temperierten Raum (ohne sie zu bedecken) aus, läßt sie genügend abtrocknen und sortiert nach einigen Tagen die gesunden und gutes Keimvermögen zeigenden heraus, pilzkrankte Kartoffeln werden entfernt, bei angefaulten Knollen schneidet man die Faulstelle fort, um die noch „gesunden Augen“ der Kartoffelknolle mit zur Stecklingsanzucht zu verwenden. — Die nicht brauchbaren Knollen können zum Teil zur menschlichen Nahrung, zum Teil als Viehfutter dienen. — Die brauchbaren Knollen werden nur ganz oder teilweise (zerhackt) in mit Erde gefüllte Holzkästen oder direkt im Gewächshaus in Erde gelegt und mit Erde bedeckt und bei einer Temperatur von 12 bis 15 Grad Celsius der vollen Sonne ausgesetzt. (Der Beginn dieser Arbeiten richtet sich nach den späteren Anpflanzungsmöglichkeiten der Kartoffelpflanzen. Können oder sollen dieselben unter Glas herangezogen werden, so kann bereits Mitte bis Ende Januar begonnen werden; fürs Freie bestimmt, beginnt man später.) Inmehrfach acht Tagen haben die Kartoffeln je nach Augenzahl 5 bis 8 Triebe oder mehr entwickelt. Sind diese Triebe 10 bis 15 Zentimeter lang geworden, haben also mehr als sechs Blätter entwickelt, beginnt das Schneiden der Stecklinge und zwar derart, daß dieselben über den beiden unteren Blättern des Triebes glatt abgeschnitten und in mit sandiger Erde gefüllte Behälter (Bermehrungsbeet usw.) gesteckt werden, mit der Schnittfläche nach unten. Die Bewurzelung der Stecklinge erfolgt innerhalb acht Tagen. Die bewurzelten Stecklinge werden nun wieder entspißt (ebenso die inzwischen ausgetriebenen Seitenzweige des Muttertriebes an der Knolle, alle Stecklinge werden wieder geschnitten u. s. f.) und in kleine 7-Zentimeter-Löpfe oder sonstige billige Behälter gepflanzt und immer dem Sonnenlicht ausgesetzt in Frühbeeten oder sonst geeignete Räume bei 4 bis 5 Grad Celsius Temperatur gestellt, damit sie kurz und gedrungen bleiben. Durch mehrmaliges Entspitzen der Triebe erhält man nicht nur viel Stecklinge, sondern gute buschige Pflanzen. Wichtig ist, dafür bedacht zu sein, daß die über den Wurzeln sich zeigende Knollenbildung der jungen Kartoffeln, mit den Wurzeln nicht vermischt, weshalb man zeitig genug die Pflanzen in 10 Zentimeter große und ganz frühe Pflanzen nochmals in 13-Zentimeter-Löpfe verpflanzt, ohne die Wurzeln zu stören. Auch die Knolle kann bis zum Schluss noch zur Pflanzung verwandt werden. Auf diese Art und Weise erhält man bis 50 und mehr Kartoffelpflanzen, von welchen jede einen Vollertrag liefert, ohne großen Ausfall wie bei Saatkartoffeln. Es findet also nicht nur eine Steigerung der Saatmenge, sondern eine solche der Ernte statt. Ganz frühe Kartoffeln pflanzt man unter Glas aus.

b) **Mittelfrühe Kartoffeln:** (Sorten: Paulsens Juli, Berle von Erfurt.) Das Verfahren ist anfangs dasselbe wie bei der Frühkartoffelpflanzenanzucht, nur mit dem Unterschied, daß man hier später, Anfang März, beginnt. Die Sonne hat schon größeren Einfluß und werden die bewurzelten und entspißten Stecklinge ins kalte Mistbeet unter Glas gebracht und hier anstatt in Löpfe gepflanzt, eingeschlagen und weiter behandelt (entspißt) und vor Frost geschützt. Die Auspflanzung erfolgt beiderseits und zwar mit Vorliebe auf gutem gedüngtem Sandboden in Mistbeet Lage.

c) **Spätkartoffeln:** Saatkartoffeln, im März im frostfreien Schuppen oder Diele ausbreiten, nach Auswinterung dicht an dicht im Mistbeet legen, mit Erde bedecken und mit Glasfenstern abdecken. Die Triebe werden dann wie bei a und b entspißt und im Mistbeet oder sonst warm und hell (Tagelicht) zu haltenden Räume in sandiger Erde gesteckt. Die bewurzelten Stecklinge im frostfreien, dem Tageslicht zugänglichen Frühbeeten einschlagen (man kann auf 1 Quadratmeter bis 400 Pflanzen unterbringen). Sobald die Jahreszeit es erlaubt, erfolgt das Auspflanzen. (Ende Mai.) Es erfolgt dieses im Großbetrieb ohne jede Beeinträchtigung mittelst Pflug (ähnlich wie die Straubpflanzung).

Weitere Bedingungen für das Anpflanzen der Stecklingspflanzen: Der Boden muß feucht und gut bearbeitet sein. Frühkartoffelpflanzen dürfen wie auch die Saatkartoffeln nur auf gutem Boden, auf dem schon in früheren Jahren Gemüse angebaut war und in warmer Lage gepflanzt werden. Zum Schutz gegen Frost ist tiefes Anhäufeln nötig. Die Pflanzen dürfen nicht zu früh ausgepflanzt werden, sie holen bei späterer Pflanzung und angemärrtem Boden die früher gepflanzten ein und bringen sichere und besondere Ernten. Die Kartoffelpflanzen bringen im Vergleich zu den Saatkartoffeln 4 Wochen frühere Ernten; sie dürfen nicht zu hoch gepflanzt werden. Mittelfrühe und späte Sorten bringen die besten Ernten. Frühorten können enger als Spätkartoffeln gepflanzt werden. Im allgemeinen sollen die Kartoffelpflanzen dieselben Ansprüche an den Boden wie die Kartoffelknollen. Warmer, trockener, sandiger, leichter Boden, der mittels Pflug oder Spaten rechtzeitig bearbeitet und gut gedüngt ist, sagt beiden am meisten zu. Es ist daher erklärlich, wenn im Vorjahre viele Dehländereien, Brachland oder Bauflüssen bei ungenügender Bodenbearbeitung und Düngung kaum

# Der amtliche Kriegsbericht.

III. Großes Hauptquartier, 4. Januar. (Amtlich.)  
 Westlicher Kriegsschauplatz.  
 Bei Regen und Nebel geringe Gefechtsstätigkeit.

Ostlicher Kriegsschauplatz.  
 Front des Generalfeldmarschalls  
 Prinz Leopold von Bayern.

Nordwestlich von Danaburg drangen Kompagnien des  
 oldenburgischen Reserve-Infanterie-Regiments Nr. 259 über das  
 Düna-Eis und entrißen den Russen eine Insel. Ueber 40 Ge-  
 fangene und mehrere Maschinengewehre wurden zurückgeführt.

Front des Generalobersten Erzherzog Josef.

In den Waldkarpathen gelang es russischen Abteilungen,  
 sich in der vorderen Stellung nordwestlich von Mestec-  
 neszi festzusetzen.

Deutsche und österreichisch-ungarische Truppen nahmen nörd-  
 lich der Ditzing-Strasse und beiderseits von Sowoja  
 im Suiko-Tal mehrere Höhen im Sturm und hielten  
 sie gegen starke Angriffe des Gegners.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls  
 von Madensen.

Oberhalb von Dobesti (nordwestlich von Jociani) ist der  
 Milcovan-Abchnitt übermunden.

Westlich der Byzantimündung versuchte starke russische  
 Kavallerie vorzudringen und wurde zurückgeschlagen.

In der Dobrudschja haben deutsche und bulgarische Regi-  
 menter die hartnäckig verteidigten Ortschaften Majin und  
 Sijila gestürmt. Bis her etwa 1000 Gefangene und  
 10 Maschinengewehre eingebracht.

Die Dobrudschja ist damit bis auf die schmale gegen Galah  
 verlaufende Landzunge, auf der sich noch russische Nachhut ha-  
 ten, vom Feinde gesäubert.

## Mazedonische Front.

Keine besonderen Ereignisse.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

nennenswerte Erträge brachten. Der königliche Gartenbauinspek-  
 tor Zudenberg in Altona und der Gärtnereibesitzer Ziebuhr in  
 Niendorf haben sich bereit erklärt, praktische Unterweisungen zu  
 erteilen. Das Kellervereinde Generalkommando wird zu diesem  
 Zwecke Anfang Januar Kurse einrichten. An diesen haben zunächst  
 Gärtner, die bei einem Truppenteil des diesseitigen Korpsbezirks  
 eingezogen sind, teilzunehmen. Diese sollen später Interessenten  
 zwecks Unterweisung zur Verfügung gestellt werden. Wehnlische  
 Kurse werden auch für freiwillig sich Meldende eingerichtet, wobei  
 das Generalkommando bemerkt, daß auf weitgehendste Beteili-  
 gung von Gärtnereinnen gerechnet wird.

Der stellvertretende kommandierende General: v. Falk.  
**Beitragleistung für die unständig Beschäftigten.** Nach  
 der Senatsverordnung vom 29. Dezember 1915 über die Meldung  
 und Beitragleistung für die unständig Beschäftigten hat, wer in  
 seinem Gewerbebetriebe, insbesondere in Stauereibetrieben, Spe-  
 ditions-, Kommissions-, Fuhr- und Möbeltransportgeschäften, einer  
 Person unständige Beschäftigung gibt, innerhalb der ersten sechs  
 Wochen des Jahres, mithin bis zum 10. Februar 1917, dem Ver-  
 sicherungsamt die an unständige Beschäftigte im vorhergehenden  
 Jahre gezahlten Lohnsummen anzugeben. Ein Gewerbetreibender,  
 der die Lohnsummen nicht rechtzeitig angibt, wird, falls er nicht  
 vorzählig handelt, mit einer Geldstrafe bis zu 300 Mk., falls er  
 fahrlässig handelt, mit einer Geldstrafe bis zu 100 Mk. bestraft.  
 Für Gewerbetreibende, welche die Lohnsummen nicht rechtzeitig  
 oder unvollständig angeben, stellt das Versicherungsamt je auf  
 Grund eigener Schätzung auf oder ergänzt sie.

**Neue Bestimmungen über die Verarbeitung von Rohtabak.**  
 Durch eine Bekanntmachung vom 30. Dezember 1916 sind die  
 Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung über Rohtabak er-  
 gänzt. Es ist bestimmt worden, daß von Zigarren und Rauchtabak  
 eine bestimmte Menge, beim Rauchtabak und bei den billigsten  
 Zigarren 60 Prozent, zur Verfügung der deutschen Zentrale für  
 Kriegsförderung von Tabakerzeugnissen, Sitz Minden i. W., zu  
 halten sind. Durch diese Vorschrift ist der bisher bestehende tai-  
 schliche Zustand lediglich aufrecht erhalten worden. Für die  
 Zeit vom 1. Februar 1917 ab tritt ferner eine nähere Einrich-  
 tung in der Herstellung von Zigarren, Rau- und Schnupftabak,  
 sowie Rauchtabak ein. Für die Herstellung von Zigarren und von  
 Rau- und Schnupftabak wird die durchschnittliche Verarbeitung  
 der ersten sieben Monate 1915 zugrunde gelegt. Beim Rauch-  
 tabak tritt eine Verfürzung des gegenwärtigen Standes der Ver-  
 arbeitung um 10 Prozent ein. Die Tabakindustrie bleibt damit  
 noch über dem Friedensstande. Zigaretten werden von dieser  
 Bekanntmachung nicht betroffen. Eine Beschlagnahme der Tabak-  
 erzeugnisse ist nicht erfolgt. — Im Kleinverkauf wird von dieser  
 Maßnahme kaum etwas zu spüren sein.

**Jahrplanänderungen.** Wie auf den anderen Bahnlücken  
 treten auch auf denen der Mecklenburgischen Friedrich-  
 Franz-Eisenbahn am 10. Januar mancherlei Jahrplanänderungen  
 ein. Für Lübeck kommen besonders die Änderungen auf der  
 Strecke Lübeck-Strasburg in Betracht, die wir nachstehend  
 wiedergeben und unseren Lesern zur Beachtung empfehlen möchten:

a) Es fallen weg: Personenzug 311. Güttrow ab 12.37  
 vorm., Malchin an 1.45 vorm., bleibt von Bestand von Sühow  
 bis Güttrow. Personenzug 337. Malchin ab 1.59 vorm., Neu-  
 brandenburg an 6.00 vorm., Neubrandenburg-Strasburg weiter  
 wie bisher. Personenzug 334. Kleinen ab 5.50 vorm., Lübeck an  
 7.21 vorm., Personenzug 335. Lübeck ab 3.38 nachm., Kleinen  
 an 5.05 nachm.

b) Neue Züge: Personenzug 610. Grevesmühlen ab  
 6.22 vorm., Grieben 6.37, Schönberg 6.56, Lüdersdorf 7.12, Herr-  
 burg 7.21, Lübeck an 7.39 vorm.

c) Es werden geändert: Personenzug 307 erhält Auf-  
 enthalte auf allen Bahnhöfen der Strecke Lübeck-Kleinen. Lübeck  
 ab 5.17 nachm., Herrsburg 5.29, Lüdersdorf 5.35, Schönberg 5.46,  
 Grieben 5.59, Grevesmühlen 6.11, Püschow 6.21, Sobitz 6.31,  
 Bad Kleinen an 6.41 nachm. Bis Lalsdorf weiter wie bisher,  
 von Lalsdorf ab 8.58 nachm., Neu Wokern 9.09, Teterow 9.22,  
 Hohen Mistorf 9.33, Malchin 9.48, Stavenhagen 10.11, Kleeth  
 10.30, Mölln 10.39, Neubrandenburg an 10.55 nachm. Personenzug  
 338. Neubrandenburg ab 9.33 vorm., Mölln 9.52, Kleeth  
 10.01, Stavenhagen 10.21, Malchin an 10.40, Hohen Mistorf 10.53,  
 Teterow 11.10, Neu Wokern 11.20, Lalsdorf 11.38, Güttrow an  
 11.55 vorm.

r. **Kartellversammlung.** In der am Sonnabend, dem 30. De-  
 zember stattgefundenen Kartellversammlung referierte Genosse  
 Wilh. Koch aus Hamburg über das Gesetz: Vaterländischer Ge-  
 dienst. Redner führte u. a. aus:

29 Monate löst die Kriegsunruhe, alles zerlampend, was an  
 kulturellen Werten in den letzten Jahrhunderten geschaffen wurde.  
 Unzählige Opfer haben die europäischen kriegführenden Staaten  
 zu verzeichnen, kein Mensch weiß wann das fürchterlich: Ken-

nenmorden ein Ende nimmt. Die deutsche Regierung hat zwar  
 die Hand geboten zum Frieden, aber die Staatsmänner unserer  
 feindlichen Staaten wollen von einem Frieden nichts wissen.  
 Wird das Friedensangebot zurückgewiesen, dann bleibt für uns  
 nichts weiter übrig, als weiter zu kämpfen. So bedauerlich es  
 ist, daß wir als Sozialisten kriegerische Maßnahmen unterstützen  
 müssen, die deutsche Arbeiterchaft kann ihre Handlungen vor der  
 Arbeiterchaft anderer Länder ruhig verantworten. Die Ein-  
 kreisungspolitik König Eduards, von der sich Frankreich aus Ne-  
 vanhegebeiten gegen Deutschland und Rußland auf Grund seiner  
 Eroberungslust leiten ließen, haben die zum Krüge führende Po-  
 sition begünstigt. Die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands  
 und seine Stellung auf dem Weltmarkt war England schon  
 längst ein Dorn im Auge. Als im Jahre 1914 die Katastrophe  
 über uns hereinbrach, glaubten unsere Feinde, daß wir in kurzen  
 geschlagen und besetzt seien, als aber die deutschen Truppen von  
 Sieg zu Sieg zühten, und die Hoffnungen unserer Gegner zuschanden  
 machten, griff man zu dem Mittel der Aushungerung, was be-  
 dingte, daß der Krieg in die Länge gezogen wird. Was alles  
 aufgedrungen wurde, speziell in militärischer Beziehung, können  
 unsere Brüder, die an der Sommeschlacht teilnahmen, erzählen.  
 Obwohl die halbe Welt für die Ententemächte Munition anfer-  
 tigt, wir Deutsche aber unsere Verbündeten zum Teil noch mit  
 Munition versehen müssen, hat man in England sowohl wie in  
 Frankreich besondere Gesetze geschaffen, deren Tendenz die ist, die  
 Waffen- und Munitionsproduktion zu fördern. Wie uns der In-  
 halt dieser Gesetze zeigt, hat man der Arbeiterchaft Knebel ange-  
 legt, die es der Arbeiterchaft dieser Länder unmöglich machen,  
 ihre Rechte wahrzunehmen. Durch den gewaltigen Druck unserer  
 Feinde sah sich die deutsche Heeresleitung gezwungen, alle Kräfte  
 anzuspannen, um diesem Druck nicht zu unterliegen. Nicht nur  
 die Militärlieferanten, sondern auch die, die über das in Frage  
 kommende Alter hinaus sind, sollen sich in den Dienst des Vater-  
 landes stellen. Dies hat zur Folge, daß erstens die Produktion  
 für Munition gesteigert wird, zweitens ein großer Teil Kriegs-  
 verwendungsfähiger dadurch frei wird, die an der Front Verwen-  
 dung finden. Zu diesem Zweck ist das Hilfsdienstgesetz geschaffen.  
 Im Gegensatz zu Frankreich und England, wo die Gesetze ohne  
 und gegen die Arbeiter geschaffen wurden, hat man in Deutschland  
 das Gesetz nicht ohne die Arbeiter beschlossen. Durch das Gesetz  
 selbst ist zwar die Freigängigkeit unterbunden, was aber zum Teil  
 dadurch aufgemoggen wird, daß man den Arbeiterausführe größ-  
 here Rechte einräumte, als ihnen bis jetzt zustanden. Besonders  
 Wert für die Gewerkschaften hat der § 9 des Gesetzes, da dieser  
 Paragraph bei Lohnstreitigkeiten in Anwendung kommt. Zur  
 Schlichtung von Differenzen sind Ausschüsse auf militärischer  
 Grundlage vorgezogen. Bei Streitigkeiten, wie sie der § 9 vor-  
 sieht, ist ein Ausschuß vorgezogen, in dem ein Offizier als Vor-  
 sitzender, 3 Arbeitgeber und 3 Arbeitnehmer als Beisitzer fun-  
 gieren, von denen je 2 als ständig zu gelten haben. Ebenfalls  
 wichtig ist der in § 7 in Frage kommende Aushubsauschluß,  
 dessen Tätigkeit es ist, diejenigen, die in einem Lokal arbeiten,  
 in dem keine Kriegsarbeit geleistet wird, aufzufordern, sich in den  
 Dienst des Hilfsdienstes zu stellen. Auch diejenigen, die bis jetzt  
 noch nicht gearbeitet haben, werden von diesem zur Arbeit auf-  
 gefordert. Die für §§ 7 und 9 vorgezogenen Ausschüsse befinden  
 sich an den Eitzen des Bezirkskommandos. Außer diesen Aus-  
 schüssen ist noch ein weiterer Ausschuß vorgezogen, der seinen Sitz  
 an den Orten hat, wo die Generalkommandos sich befinden. Die  
 Aufgabe dieses Ausschusses ist, Differenzen, die der Ausschuß für  
 § 9 zu schlichten hat, gegen die aber die eine oder andere Partei  
 glaubt, Grund zur Beschwerde zu haben, zu prüfen, gleichzeitig  
 kann er Betriebe schließen oder zusammenlegen. Sämtliche Aus-  
 schüsse unterstehen dem Kriegsamte in Berlin, das vom General-  
 leutnant Gröner geleitet wird, indem auch ein Vertreter des Ar-  
 beiterauschusses, der Genosse Schlichte fungiert. Gleichzeitig steht  
 das Gesetz vor, daß in den Betrieben, in denen 50 oder mehr Ar-  
 beiter beschäftigt sind, ein Arbeiterauschuß zu wählen ist. Die  
 Wahl der Arbeiterauschüsse erfolgt nach § 134 h der Gewerbe-  
 ordnung. Neben den Arbeiterauschüssen sind auch Angestellten-  
 ausschüsse zu wählen. Bei event. Differenzen ist der Unterneh-  
 mer gezwungen zu verhandeln, wenn ein Drittel des Arbeiteraus-  
 schusses es will, weigert sich der Unternehmer zu verhandeln,  
 macht er sich strafbar. Das Beschließen der Arbeitsstelle kann  
 unter triftigen Gründen geschehen. Redner führte einige Bei-  
 spiele an. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, dem ausstehenden  
 Arbeiter einen Abschreiben auszuhandigen. Ohne den Abschrei-  
 ben darf kein Unternehmer einen Arbeiter in Arbeit nehmen,  
 tut er es trotzdem, macht er sich strafbar. Weigert sich der Unter-  
 nehmer, den Abschreiben auszuhandigen, kann der Betreffende  
 Beschwerde beim Ausschuß für § 9 führen. Hat der Arbeiter für  
 sein Ausstehen triftige Gründe anzuführen, kann der Unter-  
 nehmer gezwungen werden, den Abschreiben auszuhandigen. Die  
 Wirkung des Gesetzes ist die, daß jeder Deutsche im Alter von 17  
 bis 60 Jahren, ganz gleich, welchem Stande er angehört, arbeiten  
 muß. Bei der Zuweisung von Arbeit soll die bisherige Tätigkeit  
 berücksichtigt werden. Wird einem Arbeiter Arbeit außerhalb  
 seines Wohnortes zugewiesen, muß ihm eine Unterzählung für  
 seine Familie auch seinem Lohn zugewiesen werden. Dem  
 Kriegsamte sind auch die Generalkommandos unterstellt. Die bis  
 jetzt vom Generalkommando ausgeschickte Tätigkeit in wirtschaft-  
 lichen Fragen geht mit Einpflanzung des Gesetzes auf das Kriegs-  
 amt über. Auch die abkommandierten und reklamierten Arbeiter  
 unterstehen dem Gesetz; dies hat insofern Bedeutung, als die Ar-  
 beiter nicht mehr wie bisher auf die Reklamierten Einfluß  
 haben. Scheidet ein Reklamierter oder Abkommandierter aus  
 dem Arbeitsverhältnis aus, so wird er nicht, wie es bislang der  
 Fall war, gleich eingezogen, muß aber innerhalb 14 Tagen in  
 einem Betrieb, der Kriegsarbeiten hat, Arbeit angenommen  
 haben. Für die Einberufung sind nur militärische Gründe maß-  
 gebend. Die Schaffung dieses Gesetzes war ein Gebot der Not-  
 wendigkeit. Von Seiten der Regierung ist den von den Arbeiter-  
 vertretungen gestellten Wünschen zum Teil Rechnung getragen wor-  
 den, darum haben auch die Vertreter der Mehrheit für das Gesetz  
 gestimmt. Die Vertreter der Arbeitergemeinschaft haben unter  
 wichtigen Vorwänden eine Erklärung für ihre Ablehnung ge-  
 geben. Alles in allem, so schloß Redner, kann von dem Gesetz  
 gesagt werden, daß manche Härte zu verzeichnen ist, jedoch in ver-  
 schiedenen Dingen die Rechte der Arbeiter gewährleistet sind. Der  
 moralische Erfolg, der durch das Gesetz geschaffen, hat seine  
 Wirkung bei unsern Gegnern bereits ausgeübt. Mit einem Appell  
 an die Anwesenden, Sorge für Stärkung unserer Reihen tragen  
 zu wollen, schloß Redner sein Referat. Genosse Nijtsche gab dann  
 die Berichterstattung von der in Hamburg stattgefundenen Kon-  
 ferenz der Gau- und Kartellvorstände, die sich mit der Auffassung  
 von Vertretern in die im § 7 und 9 des Gesetzes vorgezogenen  
 Schlichtungskommission befaßte. Von Lübeck seien als Vertreter  
 die Genossen Ehlers (Metallarbeiter) und Koch (Eisen- (Trans-  
 portarbeiter) bestimmt. Als Ersatzleute seien aufgestellt Genosse  
 Böhrt (Staatsarbeiter) und ein Kandidat aus den Kreisen der  
 Angestellten. Eine dann einsetzende Debatte, an der sich die Ge-  
 nossen Hart, Böhrt, Köpfer, Ehlers und Hoff beteiligten, brachte  
 den Anwesenden noch verschiedene Ausführungen. Schluß 11 Uhr.

**Ausbedingung der Feuerwehrrpflicht.** Das hiesige Volksei-  
 amt macht bekannt: Infolge einer Anregung des Heeresrates  
 Generalkommandos IX. A. R. wird die Feuerwehrrpflicht im II.  
 und III. Feuerlöschkreise des Lübeckischen Staatsgebietes, die die  
 eingemeindeten Stadtteile und das Sandbühel umfassen, für die  
 Dauer des Krieges auf die männlichen Einwohner von voll-  
 deten 16 Jahren bis vollendeten 50 Jahren Lebensjahre  
 ausgedehnt. Von der Feuerwehrrpflicht befreit sind die in § 1 der  
 Feuerlöschordnung vom 16. Februar 1915 namhaft gemachten  
 Personen, doch ist auch ihre Heranziehung zum Feuerlöschdienst  
 zulässig, sofern es sich nicht um Kranke und Gebrechliche handelt  
 oder jenseit sie nicht durch ihren Beruf in Anspruch genommen  
 sind. Die Feuerwehrrpflichtigen haben auch dann ihrer Pflicht  
 nachzukommen, wenn ihnen eine besondere Benachrichtigung dar-  
 über nicht zugegangen ist oder ihre Namen in den aufgestellten  
 Verzeichnissen der Feuerwehrrpflichtigen fehlen oder solche Ver-  
 zeichnisse nicht aufgestellt sind.

**Benutzung von Schnellzügen durch beurlaubte Militär-  
 personen.** Dem neuen Armee-Verordnungsblatt entnehmen wir

folgendes: Unter Bezugnahme auf den Erlass vom 20. April 1916 wird folgendes bestimmt: 1. Im allgemeinen kann der beurlaubende Vorgesetzte den Urlaubern, gleichviel ob sie auf Militärfahrarten oder Militärfahrtarten reisen, durch entsprechenden Bescheid auf dem Militärfahrtchein oder Urlaubsschein, gegebenenfalls durch Ausstellung eines roten Urlaubsscheins — Erlass vom 15. Januar 1904 — die Berechtigung zur Benutzung von Schnellzügen erteilen, sofern der Urlaubsort mindestens 100 Kilometer entfernt ist und nach der Lage des Fahrplans Schnellzüge benutzt werden müssen, um den Zweck des Urlaubs erreichen zu können. Ob hienach ein Bedürfnis zur Schnellzugbenutzung anzuerkennen ist, muß in allen Fällen pflichtmäßig geprüft werden, und zwar nicht nur bei Ausstellung von Militärfahrtcheinen, sondern auch bei Reisen auf Militärfahrtarten. Bei häufiger wiederkehrendem Urlaub (Sonntagsurlaub und dergleichen) ist das Bedürfnis zur Benutzung von Schnellzügen besonders streng zu prüfen. In diesen Fällen darf die kurze Dauer des Urlaubs allein für die Gewährung der Vergünstigung nicht entscheidend sein; es ist vielmehr immer festzustellen, ob der Zweck des Urlaubs nicht auch bei Benutzung von Personenzügen zu erreichen ist, besonders wenn die Reise schon am Vorabend des ersten Urlaubstages angetreten werden kann. 2. Während der Reisezeit ist den aus den Heimatgarnisonen beurlaubten, auf Militärfahrtarten reisenden Mannschaften die Benutzung von Schnellzügen (auch Sitzzügen) grundsätzlich nur dann zu gestatten, wenn die Voraussetzungen der militärischen Ausreisungsbestimmungen 103 Ziffer 3a zum Militärverordnungsdekret vom 2. März 1916 hinsichtlich der Genehmigung zur Benutzung von Schnellzügen durch den Bahnhofscommandanten — oder in Ermangelung eines solchen durch den Bahnhofsleiter — allen Urlaubern nur ausnahmsweise zu dringenden Fällen (bei Anfahrtsverzögerung, plötzlicher Erkrankung usw.) bei einer Mindestentfernung von 100 Kilometern erteilt werden.

Für die am Salenverkehr Beteiligten ist jetzt die Verpflichtung zum Gesundheitsamt angeordnet worden. Die diesbezüglichen Bestimmungen werden heute in unserm Anzeigenteil veröffentlicht.

**Fortschritt der „Volkssfürsorge“.** Mehr als verdoppelt hat sich die Zahl der neu gestellten Versicherungsanträge bei der „Volkssfürsorge“ im Jahre 1916 gegenüber dem ersten vollen Versicherungsjahre 1915. Es sind im ganzen etwas über 28 000 Anträge eingereicht worden, gegen 10 500 im Vorjahre. Die dadurch verhöferte Summe beträgt bei den Anträgen für Kapitalversicherungen 4 350 300 Mk. und die dafür zu zahlende Prämienprämie 75 100 Mk.

**Sitzungen.** Anlässlich der kürzlichen Gedächtnisfeier des fünfzigjährigen Bestehens einer hiesigen Großhandelsfirma ist der Handelskammer von dieser Firma zum Zweck der Errichtung einer „Heinrich-Jürgens-Stiftung“ in dankenswerter Weise ein Kapital von 10 000 Mark zugewendet worden. Die Errichtung dieser selbständigen zu verwaltenden Stiftung sollen nach dem freien Ermessen der Handelskammer zu Lübeck veranlaßt werden zur Förderung solcher Einrichtungen, die der geistigen Weiterbildung oder der geistigen Erholung des lübeckischen Kaufmannstandes dienen. Außerdem ist von derselben Firma für die Zwecke der Kapitul-Witwenkasse eine Schenkung von 2000 Mark gemacht worden.

Der  
**„Lübecker Volksbote“**  
 ist das  
**volkstümlichste Blatt Lübecks**  
 und der Umgegend.

Er erläutert die Kriegsergebnisse in streng wahrheitsgemäßer, für den einfachen Mann verständlicher Art!  
 Er scheidet alle Sensationsnachrichten aus und macht unverdächtige Nachrichten als solche kenntlich!  
 Er kämpft gegen den Wucher und die Preistreiberie unserer Lebensmittel und Gebrauchsartikel!  
 Er tritt für eine ausreichende und gerechte Kriegsfürsorge ein!  
 Er berät die Kriegerfamilien in allen Fragen der Unterstützung und Versorgung!  
 Er spricht gegen den Völkerverhaß und bahnt einen friedlichen Verständigungsweg!  
 Er wird in vielen Exemplaren von den Soldaten im Felde gelesen und täglich aufs neue von ihnen verlangt!  
 Der „Lübecker Volksbote“ vertritt die Interessen der Werktätigen aller Berufe und Stände in dem Rahmen, den die verschärften Gesetze zulassen!

**Man überzeuge sich durch ständiges Lesen des „Lübecker Volksboten“!**

Jeder Arbeiter, jeder Bürger, jeder Beamte hat das Recht, den „Volksboten“ zu lesen und wird ihn bald nicht mehr entbehren wollen.

Einzelaummer 10 Pfg.      Monatlich ins Haus 80 Pfg.

**Diebstahl.** Das Ladenfenster des Händlers Hedder, Kleine-Riesau 8, wurde in letzter Nacht von einem Spitzbuben zertrümmert und von der Auslage circa 25 Dosen Sardinen gestohlen.

**pb. Falsches Geld.** Gestern wurden von einem unerfahrenen geliebten Mann, der den Eindruck eines Händlers machte, in einem hiesigen Geschäft zwei falsche Fünfmarktscheine in Zahlung gegeben. Die falschen Scheine sind mit Tusche gezeichnet und fallen durch ihre blaue Farbe besonders auf. Es wird vor Annahme derartiger falscher Scheine gewarnt.

**Hamburg.** Guten Appetit. Am 30. März 1916 verkaufte der Händler Georg Musculus an zwei Händler 320 Dosen gelackte Mettmurfs, die er für 24 Pfennige für die Dose gekauft hatte, für 40 Pfennige für die Dose. Der Inhalt der von M. vorgelegten drei Probef Dosen erwies sich als einwandfrei, wogegen sich bei der Ablieferung der ganzen Partie ergab, daß eine Anzahl der Dosen bombierten, aufgetrieben und der Inhalt total verdorben war. Da M. die Zurücknahme der Waren verweigerte, wurde Anzeige gegen ihn erstattet. Professor Glage untersuchte sodann den Inhalt verschiedener dieser Dosen. Er stellte fest, daß es sich um eine aus brauner Schmiere bestehende Masse handelt, die total in Fäulnis übergegangen, stark stank und mit Bakterien durchsetzt war. Es mag allerdings nach Ansicht des Sachverständigen sein, daß einzelne der Dosen noch gut waren. Gegen M. wird nun Anklage erhoben wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz, die vor der Strafkammer verhandelt wurde. Er behauptet, er hätte beim Verkauf die Händler darauf aufmerksam gemacht, daß sie die Waren fortieren müßten und daß sie die aufgetriebenen Dosen zu technischen Zwecken verkaufen müßten. Auf Grund einer sehr eingehenden Beweisaufnahme hielt Staatsanwalt Knorr den Angeklagten des wissentlichen Verkaufs eines verdorbenen Nahrungsmittels und Betruges im Rückfall schuldig und beantragte eine einjährige Gefängnisstrafe. Das Gericht spricht den Angeklagten frei; da nicht erwiesen sei, daß er die bombierten Dosen als Nahrungsmittel verkauft habe.

**Mitona.** Wegen Mißbräucherei angeklagt war vor dem Schöffengericht die Holstenstraße 172 wohnende Milchhändlerin Martens. Sie hat ein Gemisch aus Milch und Wasser — der Wasserzusatz betrug bis zu 100 Proz. (!!) — als Vollmilch verkauft. Vor Gericht hatte sie die Redefreiheit, zu behaupten es sei statt Milch verzehtlich Spülwasser (!) zur Unternehmung entnommen worden. Damit fand sie natürlich keinen Glauben, und eine Kundin bestätigte überdies, daß sie mehrfach ein solches Gemisch als Milch erhalten habe, trotzdem die Angeklagte wußte, daß ein zweijähriges Kind die sogenannte Milch trinken sollte. Der Amtsanwalt beantragte 6 Monate Gefängnis, 600 Mark Geldstrafe und Urteilsveröffentlichung. Das Gericht erkannte nur auf 300 Mark Geldstrafe.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Böwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stellung. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

**Impfpflicht der am Sanjennverehr Beteiligten**

Auf Grund des § 4 der Medizinalordnung vom 19. Juli 1899 sind im Einverständnis mit dem nach Lübeck kommandierten Befehlshaber des Sanjennverehrs folgende Bestimmungen erlassen:

Der Eintritt in die Sanjennverehr ist vom Freitag, dem 12. d. Mts. an nur solchen Personen gestattet, die nachweisen können, daß sie innerhalb der letzten zehn Jahre mit Erfolg gegen Pocken geimpft worden sind, oder sich aus Mangel der gegenwärtigen Bedrohung einer Impfung unterziehen haben.

Auf die Befragung der im Sanjennverehr befindlichen Personen keine Anwendung.

Wer aus einer Einlasskarte (Verordnung des Volkseinsatzes vom 28. September 1916) in die Sanjennverehr gelangen will, hat vor Eintritt bei der Sanjennverehr der Marke vorzulegen.

Außerdem ist der Nachweis jedesmal an der Durchgangsstelle (Sanjennverehr) mit der sonst erforderlichen Urkunde (Einlasskarte, Einlasskarte) vorzulegen.

Offizielle amtliche Impfungen finden statt:

Freitag, den 4. Januar 1917	1917	nahe 11 bis 3 Uhr
Samstag, den 5. „	1917	
Sonntag, den 6. „	1917	
Montag, den 7. „	1917	
Dienstag, den 8. „	1917	

Die Impfungen finden an folgenden Orten statt:

- in der Turnhalle der Burgschule, Winter der Burg 6, nach Dr. Schulz,
- in der Turnhalle der Domkirche, Domkirchenhof 3, nach Dr. von Böden,
- in der Turnhalle der St. Marienkirche nach Dr. A. Schöber,
- in der Turnhalle der St. Lorenz-Kirche, St. Lorenzstraße 2, nach Dr. Heilmann.

Die Impfungen sind auf dem besten Erfolge vorzunehmen. Bei der Impfung sind die im Anhang 1 beigefügten Vorschriften auf Beachtung zu nehmen.

Erst nach 2. Januar 1917.

Das Gesundheitsamt.

**Das tägliche Brot**



von  
**C. Diebig**

Illustriert von J. Damberger-München

**Konsumverein für Lübeck u. Umgeg.**  
 e. G. m. b. H.

**An unsere werten Mitglieder von Stockelsdorf u. Fackenburg!**

Auf Beschluss der am 31. Dezember stattgefundenen Bezirksversammlung bleiben die beiden Abgabestellen in Stockelsdorf und Fackenburg vom Februar ab des Sonntags ebenfalls vollständig geschlossen.

Indem wir dies schon jetzt mitteilen, bitten wir die werten Mitglieder, sich mit ihren Einkäufen danach einzurichten.

Der Vorstand.  
 6750

**Feldpostbriefe**  
 5 Briefbogen u. 5 Kuverts 10 Pfg.

**Feldpostkarten**  
 10 Stück 10 Pfennig  
 hält vorrätig

**Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.,**  
 Johannisstraße 46.

**Deutscher Metallarbeiterverband**

**Friedr. Wegener.**

bei sehr gutem Verdienst.

**Deutsche Holzwerke**  
 Hans Bäckmann  
 Güstrow.

**Zivildienst.**

**Gesucht**  
 für Heeresarbeiten in der Nähe von Hamburg:

**Zimmerleute, Steinhauer, Tischler, Arbeiter,**

bei sehr gutem Verdienst.

**Deutsche Holzwerke**  
 Hans Bäckmann  
 Güstrow.

**Bilderleisten**  
 Oscar Tschmitt, Gleditsch, Fischschloß, 31. Februar 1916.

**In Freien Stunden**

Am 1. Januar beginnt diese Romanzeitung der deutschen Arbeiterklasse ihren 21. Jahrgang. Sie ist in der Kriegszeit ein willkommenes Kamerad, namentlich den zehntausenden Frauen, die sich in einer Sonntagsruhe erholen wollen von der Last ihrer Sorgen und den schweren Entbehrungen der Kriegszeit. „In Freien Stunden“ werden Ihnen jetzt mancher abwechslungsreicher gestalten. Insbesondere wird die Zahl der Bilder aus allen Lebens- und Lebensgeheimnissen wesentlich vermehrt und einige neue Rubriken (z. B. Rätsel und Rätsel für Küche und Haus) werden neu eingeführt werden. Jeder Fortschritt, jede Fortschrittlerin sollte an der immer weiteren Verbreitung dieser genussreichen und billigen Wochenzeitung mitarbeiten und sie auch den Angehörigen im Felde zusenden lassen.

**15 Pfennig.**

Jede Bestelle hierdurch

„In Freien Stunden“, wöchentlich ein Heft für 15 Pfennig.

Das Heft enthält:

Das Heft enthält:

**Ja beziehen durch:**  
**Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.**  
 Johannisstraße 46.

**Alle Arbeiter**

kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei

**Otto Albers**  
 Markt 4, Kohlmarkt 10.  
 Mägl. des Rab.-Spara. Lübeck.

**Rechnungs-Formulare**  
 werden hergestellt in der  
 Buchdruckerei „Lübeck. Volksbote“  
 Johannisstraße 46.

**Hansa-Theater.**  
 Täglich: (6747)  
**der fidele Bauer.**  
 Vorverkauf Sager, Kohlmarkt.

**Visitenkarten**  
 liefert schnellstens  
 Buchdruckerei Fr. Meyer & Co.

**Stadttheater.**  
 Donnerstag, d. 4. Januar 1917  
 Anfang 8 Uhr:  
**Großstadtluft.**  
 Lustspiel von Blumenthal und Kadelburg.  
 Freitag, den 5. Januar 1917  
 Anfang 8 Uhr:  
**Hoffmanns Erzählungen.**  
 Phantastische Oper von J. Offenbach.  
 Sonnabend, d. 6. Januar 1917  
 Anfang 8¼ Uhr:  
**Die verkaufte Braut.**  
 Komische Oper v. Fr. Smetana.  
 Sonntag, den 7. Januar:  
 Nachmittags 3 Uhr:  
**Aschenbrödel**

## Worauf es ihnen ankommt.

Die „Wostische Zeitung“ gerät mehr und mehr in das Lager der Ueberanncionisten. Ein Artikel Emil Zimmermanns wird eingeleitet mit dem Hinweis, daß die Kriegsziele des bekannten Professors Dr. Schäfer, soweit sie sich mit England befassen, von einer Bescheidenheit sind, die heute, nach der Annahme des Hilfsdienstgesetzes und der Mobilisation der gesamten Volkskraft in Deutschland, durchaus nicht mehr am Platze sind.

Dann wird u. a. ausgeführt: „Daß wir nicht Kanada, Südafrika, Australien oder Italien annectieren können, ist mir klar. Aber besitzt England nicht in Afrika die Kolonien von Nigeria, die Goldküste, Britisch-Ostafrika, Uganda, den Sudan? Verliert England diesen Krieg, dann muß es einen Teil seiner Afrikakolonien verlieren, wodurch es gezwungen wird, seine Politik zu ändern und Rußland gegenüber zu seiner Politik der bismarckischen Zeit zurückzukehren. Wir müssen seine gegen uns gerichtete Koalitionsbildung dauernd zerstören; das ist gerechte Strafe. . . . England muß seine Kolonien in Mittelafrika verlieren; sie müssen Teile eines großen deutschen Reiches in Afrika werden. Weiter muß England gezwungen werden, alle Ausland- und Kolonialdeutschen, welche es schamlos beraubt hat, angemessen zu entschädigen. Diese Deutschen aber werden wir im großen, geschlossenen deutschen Kolonialreich sammeln. Sie werden den kräftigen Grundstamm für ein großes, blühendes Vizekaiserreich in Mittelafrika abgeben.“

Auf der einen Seite schimpft die Annektionspresse über unsere Gegner, die Deutschland wirtschaftlich und politisch lahmlegen wollen, und auf der andern Seite stellt dieselbe Presse ähnliche Forderungen gegen unsere Gegner auf und wundert sich dann noch, wenn es mit dem Frieden nicht vorwärts geht.

Kühler als Zimmermann urteilt Dr. Karl Peters, der die Engländer gewiß genauer kennt, über die Kriegslage. In der „Tägl. Rundschau“ schreibt er über die Niederrückung Englands u. a.: „Bei der Größe des britischen Reiches ist auf eine allmähliche Abnutzung der militärischen Kräfte kaum zu rechnen.“ Weiter führt er aus, daß die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Abnutzung Englands schwer zu beurteilen ist. Das britische Nationalvermögen und der englische Kredit seien einseitig überhäuft nicht abzuschätzen. Bei der Beurteilung einer Abnutzung der finanziellen Kraft müsse man aber im Auge behalten, daß das britische Reich die hauptsächlichsten Gold produzierenden Länder auf unserem Planeten, wie Südafrika, Westaustralien, Madagaskar, die Goldküste beherrsche, und daß die befreundeten Länder für Kohlen und Munition fortwährend Gold nach London schicken müssen. Ueber die Nahrungsmittelversorgung Englands sagt Peters: Im Oktober 1914 waren die britischen Inseln für vier Wochen verproviantiert und eine überlegene Seemacht hätte sie wohl aushungern können; heute soll England Getreide für den Bedarf von etwa zwei Jahren aufgespeichert haben. Peters ist der Meinung, daß, wenn die deutschen U-Boote in der Lage wären, 50—60 v. H. der Zufuhren nach den britischen Inseln zu vernichten, die Arbeitermassen bald kriegsmüde würden, und einen Druck auf das gegenwärtige Kabinett ausüben könnten. Weiter weist Peters darauf hin, daß der „Wille zum Siege“ nicht nur in Deutschland, sondern genau so auch an der Themse, Seine und an der Rona vorhanden sei. Peters hofft, wenn es gelänge, die britische Admiralgewalt und das Parlamentsgebäude an der Themse durch unsere Zepeline und Flugzeuge zerstören zu können, so würde dies der Zerschmetterungslust der Engländer gegen Deutschland weit mehr Abbruch tun, als ein Duzend gewonnener Schlachten in Flandern. Unmittelbar militärisch könne England aber nur am Suezkanal und in den Niländern niedergedrungen werden. — Trotz alledem stellt Peters aber keine Kriegsziele im einzelnen auf.

## Allgemeine Konferenz der französischen Gewerkschaften.

Die Frage des deutschen und amerikanischen Friedensangebots beschäftigte die zweite Sitzung der Konferenz. (Ueber die erste Sitzung haben wir am Dienstag berichtet.) Jouhaux erklärte: „Der Vorschlag, der dahingehet, von den Kriegsführenden zu verlangen, ihre Kriegsziele kundzugeben, muß von den Mächten in Erwägung gezogen werden, denn es ist möglich, daß man hierdurch zu Friedensverhandlungen gelangen wird. Die Regierung darf nicht der Presse folgen und das deutsche Angebot einfach für eine Schlinge erklären. Enthält es eine Schlinge, so soll man sie nachweisen und der Welt benutzieren. Nur durch eine Veröffentlichung der Kriegsziele wird es gelingen, Klarheit über die Lage zu schaffen. — Was uns Gewerkschaftler betrifft, so sind wir bereit, auf einem internationalen Friedenskongreß zu erscheinen und wenn die Deutschen durch Vermittelung der schweizerischen Genossen einen internationalen Gewerkschaftskongreß einberufen wollen, so werden wir der Einladung folgen. Sowohl über diese Frage wie über die der Kriegsziele sollen wir uns heute klar aussprechen.“

Brouhaux (Bas-de-Calais) ist der Ansicht, daß Jouhaux sich über die Kriegsziele nicht klar ausgesprochen habe. Unsere Soldaten dürfen nicht für eine Politik der Eroberungen geopfert werden.

Werrheim wandte sich gegen die geheime Diplomatie und gegen die geheimen Verträge, die die Völker in Unkenntnis halten und ihnen die schwersten Opfer auferlegen. „Die geheime Diplomatie ist zum großen Teile für die gegenwärtige Katastrophe verantwortlich, unter der Frankreich so stark leidet. Es ist zwar notwendig, daß wir für die vollständige Wiederherstellung Belgiens eintreten, aber je länger der Krieg dauert, desto weniger Aussicht ist vorhanden, daß wir unsere Ziele verwirklichen. Eine Verlängerung des Krieges wird zur Folge haben, daß Oesterreich-Ungarn vollständig unter die Oberherrschaft Deutschlands gerät und daß Bulgarien und die Türken sich enger an Deutschland anschließen. Deutschland wird dann beim Friedenskongreß im Namen seiner Verbündeten einseitig das Wort führen können, während die Verbandsmächte jede für sich ihre Forderungen vertreten wird. Deshalb ist es dringend nötig, daß die Kriegsziele jetzt veröffentlicht werden. Die Konferenz soll dies in einer Entschließung von der Regierung dringend verlangen.“

Le Guery (Redakteur der „Bataille“) sagte: „Als ich von der Front zurückkam, dachte ich darüber nach, welcher Richtung ich mich anschließen sollte. Ich schloß mich nicht der Minderheit an, da ich zur Ueberzeugung gelangte, daß ihre Aktionen fruchtlos sein müßten. In diesem Weltkriege müßte man vor allem darauf sehen, so viel als möglich für die Arbeiter zu tun; und dies konnte nur erreicht werden, wenn wir uns an den verschiedenen Kommissionen beteiligten. Wir haben bis jetzt für die Friedensagitation nichts getan, weil wir sie für aussichtslos gehalten haben. Nun aber, da der Friedensgedanke sich bemerkbar macht, müssen auch die Anhänger der Wahrheit von der Regierung verlangen, die Kriegsziele kundzugeben. Wir sollen von der Regierung verlangen, daß sie durch die Arbeiterklasse, die so viele Blutopfer gebracht hat, handeln soll. Das ist unser „Jusqu'au bout!“ Dies viel zitierte Wort ist übrigens nie von uns gebraucht worden. Wir waren gestern gegen den Krieg und sind es heute. Wir wollen keine Annexionen. Das Ziel der Arbeiterklasse ist: ein Frieden ohne Annexionen.“

Die Konferenz nahm einstimmig die folgende Resolution an:

Wir nehmen Kenntnis von der Note des Präsidenten der Vereinigten Staaten, die die kriegsführenden Nationen einladet, die Bedingungen bekanntzugeben, unter denen der Krieg ein Ende nehmen könnte. Wir verlangen von der französischen Regierung, die Note im günstigen Sinne zu beantworten und gleichzeitig die Initiative zu ergreifen, bei ihren Verbündeten im gleichen Sinne zu wirken, um die Stunde des Friedens zu beschleunigen. Wir erklären, daß der Bund der Nationen, der eine der Sicherungen eines endgültigen Friedens ist, nur zustande kommen kann, wenn die Unabhängigkeit, die Gebietsunverletzlichkeit und die politische und wirtschaftliche Freiheit aller Nationen, der großen wie der kleinen, gesichert sind. Die auf dieser Konferenz vertretenen Organisationen verpflichten sich, diese Idee zu unterstützen und sie unter den Arbeitermassen zu verbreiten, um der unsicheren und zweideutigen Lage, die nur

der geheimen Diplomatie nützt und gegen die sich die ganze Arbeiterklasse erhebt, ein Ende zu machen.“

Die Konferenz beschloß sodann, daß die auf der Loebler Konferenz angenommenen Arbeiterklauseln dem künftigen Friedensvertrag einverleibt werden; jedoch ist die dort festgesetzte zehntägige Arbeitszeit in eine achttägige zu ändern.

In bezug auf Arbeiterklauselgesetz sprach sich die Konferenz für die Einführung der Invalidenversicherung aus.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

#### Noch eine Abjage an Herrn v. Batocki.

Der Chef des Kriegsernährungsamtes sieht nuerdings das Heil der Kriegsernährung in der Abhülfe von Vertretern der Städte mit der Landwirtschaft. Eine ganze Anzahl Bürgermeister hat Herrn v. Batocki bereits in offenen Antwortschreiben zu erkennen gegeben, daß er mit seinem Vorschlag sehr daneben treffe. Jetzt erklärt auch der Vorsitzende des Reichsverbandes deutscher Städte und Mitglied des Beirates des Kriegsernährungsamtes, Bürgermeister Saalmann (Wetzl.):

„Ich halte eine Aenderung des bisherigen, wenn auch unvollkommenen Systems in der Lebensmittelversorgung für höchst bedenklich und undurchführbar. Zum Abschluß von Verträgen würden nur solche Gemeinden gelangen, die in nächster Nähe direkte Beziehungen zur Landwirtschaft haben, oder bei denen das Geld keine Rolle spielt; andere, denen es an beidem fehlt, würden leer ausgehen. Höchstpreisfestsetzungen würden bei Erzeugern Unlust hervorrufen und erst recht dazu führen, daß nur gute Beziehungen berücksichtigt werden, oder Preisüberschreitungen wären von neuem unabwendbar. Die Aenderung würde auch eine völlige Verwirrung in der Lebensmittelversorgung herbeiführen. Die Verbehalten und Verbesserung des Bestehenden scheint mir daher ratsam. Verbesserungsvorschläge behalte ich mir für die Sitzung des Beirates des Kriegsernährungsamtes vor.“

#### Haushaltsauschluß und Friedensziele.

Der Tag des Zusammentritts des Haushaltsauschusses des Reichstages ist noch nicht bestimmt, aber allseits rechnet man damit, daß der Termin in die Mitte des Januar fällt. Möglichlich auch, daß das Plenum zu dieser Zeit berufen wird, denn es liegt nahe, daß der Kanzler das Bedürfnis hat, seine Meinung über die Situation zu sagen, wie sie sich infolge der Ablehnung des Friedensangebotes gestaltet hat. Konservative und Nationalliberale drängen schon um deswillen auf die baldige Einberufung des Haushaltsauschusses, weil sie Klarheit wünschen über die Umrisse des Programms, mit dem der Reichskanzler über kurz oder lang in die Friedensverhandlungen einzutreten gedenkt. Die „Sächsische Zeitung“ schreibt dazu: „Daß die Umrisse vorhanden sind, auf Grund der Gutachten der maßgebenden militärischen Stellen und auf Grund der Abmachungen mit unseren Verbündeten, geht ja schon aus dem Wortlaut unseres Friedensangebotes hervor. Der Hauptauschluß wird es sich nicht nehmen lassen, nötigenfalls auf Ergänzungen zu dringen, über die sich unter den bürgerlichen Parteien eine Einigung herstellen lassen wird. Soweit sich erkennen läßt, sind die Kriegszielvorstellungen der bürgerlichen Parteien untereinander gar nicht so weit verschieden.“

#### Aenderung der Gerichtsverfassung.

Wie der „Frankfurter Zeitung“ geschrieben wird, wird zurzeit eine Aenderung der Organisation der Gerichte für die Kriegszeit, soweit kollegiale Gerichte in Betracht kommen, erwogen. Es handelt sich um die Frage, ob man die Verhandlungen vor den höheren Gerichten nur vor Einzelrichtern stattfinden lassen könnte und nicht vor einem Rich-

## Schuld und Sühne.

Roman aus dem Russischen von F. M. Dostojewski.

58. Fortsetzung.

„Ueber den künftigen Gatten Ihrer Tochter bin ich nicht anderer Meinung als Sie,“ versetzte Kasumichin fest und voll Wärme, „und zwar nicht etwa sage ich das aus niedriger Schmeichelei, sondern weil — weil — nur deswegen, weil Udottja Romanowna selbst diesen Mann für ihrer würdig befunden hat. Wenn ich ihn gestern hintangeführt habe, so tat ich es, weil ich elend berufen war und auch — sinnlos; ja, sinnlos, ohne Verstand und Ueberlegung — heute schäme ich mich dessen!“ Er errödete und schwieg. Udottja Romanowna seufzte, aber sie brach das Schweigen nicht; sie äußerte kein Wort mehr von dem Augenblick an, da sie über Luschin gesprochen.

Während dessen war Pulcheria Alexandrowna noch immer in Unentschiedenheit; endlich aber begann sie flodend, die Tochter lange anblickend, daß ein Umstand ihr jetzt ganz besondere Sorgen bereite.

„Seht, Dimitry Protopjitsch!“ sagte sie — „soll ich offen gegen ihn sein, Dunja?“

„Gewiß, Maminka,“ antwortete Udottja Romanowna bestimmt.

„Es handelt sich darum,“ fuhr jene nun fort, erleichtert, als habe man ihr mit der Erlaubnis, ihren Kummer äußern zu können, eine Last von den Schultern genommen, „daß wir heute morgen von Peter Petrowitsch eine Zuschrift erhalten haben, zur Antwort auf unsere gestrige Benachrichtigung, daß wir angenommen seien. Seht, er hätte uns gestern abholen müssen, so wie er es erst versprochen hatte, im Wartesaal, aber statt dessen war uns ein Lakai geschickt worden mit der Adresse dieser Wohnung, welcher uns den Weg zu zeigen hatte und dem Peter Petrowitsch befohlen hatte uns anzugehen, er werde heute morgen selbst hier erscheinen. An seiner Stelle ist indessen heute früh von ihm dieser Brief angekommen — am besten lest Ihr ihn wohl selbst. Dies ist die Sache, welche mich ausnehmend beunruhigt, sagt mir Eure Meinung aufrichtig, Dimitry Protopjitsch — Ihr kennt besser als alle anderen den Charakter Rodjas und werdet den besten Rat geben können. Ich muß noch zuvor bemerken, daß Dunja bereits Bestimmungen getroffen hat, ich aber, ich bin noch ganz im Zweifel, was zu tun ist, und wartete daher auf Euch!“

Kasumichin entfaltete den Brief, welcher das Datum des vorigen Tages trug und las:

„Hochverehrte Frau, Pulcheria Alexandrowna! Ich habe die Ehre, Sie zu benachrichtigen, daß ich infolge eingetretener, unvorhergesehener Behinderung an Ihrem Empfang, mit diesem einen sehr wichtigen Menschen betraut habe. In gleicherweise bin ich des Vergnügens beraubt, Sie morgen früh zu begrüßen, da unauflösbare Pflichten in Senatsgeschäften zu erfüllen sind und

ich auch das Wiedersehen zwischen Ihnen, Ihrem Sohne und Udottja Romanownas mit ihrem Bruder nicht stören möchte. Ich werde nicht früher die Ehre haben können, Sie zu besuchen und in Ihrer Wohnung zu begrüßen, als morgen, etwa um acht Uhr abends und bin so frei, zugleich die dringende und ich bemerke hierzu, ausdrückliche Bitte hinzuzufügen, es möchte bei unserem Wiedersehen Rodion Romanowitsch nicht anwesend sein, da derselbe mich in nicht zu beschreibender, unehrlicher Weise bei meinem gestrigen Besuch in seiner Kränklichkeit beleidigt hat und ich ferner Ihnen persönlich eine unumgängliche nötige und ausserordentliche Erklärung über einen gewissen Punkt zu geben habe, bezüglich dessen ich Ihre Ansicht in Erfahrung zu bringen wünsche. Ich habe die Ehre, Sie im voraus zu benachrichtigen, daß, wenn ich trotz meiner Bitte Rodion Romanowitsch anträte, ich genötigt wäre, mich sofort wieder zu entfernen und Ihnen die Schuld dafür zuzuschreiben. Ich schreibe Ihnen in der Annahme, daß Rodion Romanowitsch, welcher mir bei meinem Besuch so leidend erschien, nach zwei Stunden plötzlich gesund geworden sein dürfte und vielleicht seine Wohnung verlassen, sich bei Ihnen eingefunden hat; es besträht mich hierin meine eigene Wahrnehmung, da ich gesehen habe, daß er in der Wohnung eines von Pferden zu Boden getretenen Trunkenboldes der Tochter desselben, einer öffentlichen Dirne, gestern gegen fünfundzwanzig Rubel eingehändigt hat unter dem Vorgeben, er spende sie für das Leidenbegränis, was mich sehr bejammerte, da ich weiß, mit welchen Sorgen Sie diese Summe erst beschafft haben.“

Inocem ich hierbei der hochgeachteten Udottja Romanowna meine besondere Hochachtung bezuge, bitte ich Sie, den Ausdruck ehrfurchtsvoller Ergebenheit entgegenzunehmen

von Ihrem ergebenen Diener

P. Luschin.

„Was soll ich nun tun, Dimitry Protopjitsch?“ fragte Pulcheria Alexandrowna: „wora fast unter Tränen.“

„Wie kann ich Rodja verbieten, hierher zu kommen? Er hat gestern so hartnäckig auf der Abweilung Peter Petrowitschs bestanden, und nun besteht dieser selbst, jenen nicht hier aufzunehmen! Und er wird kommen, sobald er erfährt — und — was wird daraus werden?“

„Handeln Sie so, wie Udottja Romanowna verfügt,“ versetzte Kasumichin ruhig und schlagfertig.

„Aber mein Gott! Sie sagt — Gott mag's wissen, was sie sagt, sie spricht sich über ihre Absichten nicht aus! Sie meint, es werde besser sein, das heißt nicht besser, sondern nur unbedingt notwendig, daß Rodja morgen um acht Uhr ebenfalls, abschließend hierher käme; beide müßten sich gegenseitig treffen! Ich aber möchte Rodja doch den Brief gar nicht zeigen, sondern eine Lippe anwenden, mit Hilfe von Euch, damit er nicht hierher kommt, weil er doch zu jähhornig ist. Ich begreife auch gar nicht, was das für ein Trunkenbold ist, was dessen Tochter zu bedeuten hat, und wie er dazu gekommen ist, dieser Tochter das letzte Geld zu geben, welches —“

„Welches man Euch zu harten Bedingungen gestehen hat, Maminka,“ ergänzte Udottja Romanowna.

„Er war nicht bei klarem Verstande gestern,“ sagte Kasumichin gedankenvoll, „wenn Sie wüßten, was er gestern im Restaurant geschwätzt hat, sich stellend, als sei er bei vollem Verstand, hm — von einem Verstorbenen und einem jungen Mädchen hat er mir gestern auch gesprochen, als wir nach Hause gingen, daß verstand ich kein Wort von der Geschichte — übrigens befand ich mich ja gestern auch in —“

„Es ist am besten, Maminka, wir gehen selbst zu ihm hin, und dort, ich verhoffe es ist, werden wir beide erkennen, was wir zu tun haben. Es ist schon hohe Zeit, daß, schon elf Uhr,“ rief sie, auf ihre prächtige goldene Taschenuhr mit Emailleinslagen schauend, die an einer um den Hals gelegten venezianischen Kette hing und einen seltsamen Kontrast mit ihrem übrigen Äußeren bildete. „Wohl ein Geschenk des Bräutigams,“ dachte Kasumichin.

„Ich ja, es ist Zeit, es ist Zeit, liebste Dunja,“ rief Pulcheria Alexandrowna hastig, „er kam gar vermutlich, daß wie ihm vom gestrigen Tage noch jünnen, wenn wir ihn so spät erst besuchen. O, mein Gott!“

Mit diesen Worten warf sie ihre Mantille über und setzte den Hut auf; auch Dunja kleidete sich an. Ihre Handschuhe waren nicht nur abgetragen, sondern sogar zerrissen, wie Kasumichin bemerkte, aber die offenkundige Dürftigkeit ihres Kostüms verriet nichtsdestoweniger den beiden Damen eine gewisse Würde, die man meistens bei ihnen findet, welche einen hübschen Rod zu tragen verstanden. Kasumichin schaute mit Entzücken auf Dunja und war stolz darauf, sie führen zu dürfen.

„Sie ist eine Königin,“ dachte er bei sich, „die ihre Stämpfe im Gefängnis ausbessert, und in der Tat erschien sie in diesem Augenblick wie eine wirkliche Königin, und zwar erhabener noch, als diese bei prunkenden Festen und Aufzügen erscheinen.“

„Mein Gott,“ rief Pulcheria Alexandrowna aus, „konnte ich denken, daß ich das Wiedersehen mit dem Sohne führen müßte, mit meinem geliebten Rodja — so fürchten, wie ich es jetzt tue.“

„Fürchtet nichts, Maminka,“ sagte Dunja, die Mutter küßend, „vertraut ihm nur, ich vertraue ihm auch.“

„Mein Gott! Ich habe ja Mut, aber die ganze Nacht habe ich nicht geschlafen!“ rief die Arme aus.

„Sie gingen.“

„Weißt du, Dunja, als ich heute morgen träumte, erschien mir plötzlich im Traume die selige Martha Petrowna, ganz wie gekleidet; sie trat zu mir heran, nahm mich bei der Hand und schüttelte den Kopf über mich, so streng, als verurteilte sie mich. Sollte das nicht etwas zu bedeuten haben? Mein Gott, Dimitry Protopjitsch, Ihr wißt noch nicht: Martha Petrowna ist gestorben!“

„Ich weiß das nicht; wer war denn Martha Petrowna?“

„Das will ich Euch sagen: Dentt Euch!“

(Fortsetzung folgt.)

